



Bericht aus Straßburg – Neues aus dem Europäischen Parlament

Belgien übernimmt Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli hat Belgien die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union von Spanien übernommen. Der Rat der Europäischen Union, oft auch einfach nur Rat bzw. EU-Ministerrat genannt, ist neben dem Europäischen Parlament das wichtigste Entscheidungsorgan der EU. Er setzt sich zusammen aus jeweils einem Minister pro Mitgliedstaat. In Abhängigkeit zu den Themen, die auf der Tagesordnung stehen, entsendet jedes Land einen für den betreffenden Bereich verantwortlichen Minister. Der Rat tagt somit in unterschiedlichen Zusammensetzungen.

Die Mitgliedstaaten der EU führen turnusmäßig sechs Monate lang den Vorsitz im Rat. Zum Aufgabenbereich der Ratspräsidentschaft gehört es, für einen reibungslosen Arbeitsablauf zu sorgen, Gespräche anzuregen und Kompromissvorschläge zu erarbeiten, um zu Entscheidungen zu gelangen. Die Prioritäten Belgiens für die Ratspräsidentschaft liegen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt, EU-Erweiterung und Einwanderung.

Nähere Informationen finden Sie unter:
<http://www.eutrio.be/de>

* * *

Beitrittsverhandlungen mit Island

Ende Juli hat der Rat der Europäischen Union beschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit Island zu eröffnen. Island ist bereits Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und des Schengen-Raums. Das Land hat daher bereits einige EU-Vorschriften in das eigene Rechtssystem übernommen. Zwischen November 2010 und Mitte 2011 wird nun überprüft, welche Vorschriften noch übernommen werden müssen, damit das Land seine volle Beitrittsfähigkeit erlangt. Island gehört damit neben Kroatien und der Türkei zu den Ländern mit laufenden EU-Beitrittsverhandlungen.

Nähere Informationen finden Sie unter:
<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=502&lang=de>

* * *

Euro-Beitritt Estlands

Der Europäische Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN-Rat) hat die Weichen für die Einführung des Euro in Estland gestellt. Ab dem 1. Januar 2011 wird das nördlichste Land des Baltikums damit der 17. Mitgliedstaat sein, in dem der Euro das alleinige Zahlungsmittel ist. Olli Rehn, der EU-

Kommissar für Wirtschaft und Währung, lobte Estland für sein kluges Wirtschaften und appellierte an die Fortsetzung der vorsichtigen Haushaltspolitik.

* * *

Deckelung von Bankerboni

Das Europäische Parlament hat während der Juli-Plenartagung eine Deckelung auf bar und im Voraus zu zahlende Boni für Banker beschlossen. Damit gelten in der EU künftig die weltweit strengsten Regelungen für Bonuszahlungen an Bank-Manager.

Die beschlossene Regelung sieht vor, dass lediglich ein Maximum von 30 % der Bonus-Zahlungen bar und im Voraus ausbezahlt werden, bei besonders großen Boni maximal 20 %. Zwischen 40 % und 60 % jeder Bonuszahlung müssen mindestens drei Jahre lang zurückgehalten werden und können wieder eingefordert werden, wenn sich Investitionen der Manager nicht erwartungsgemäß entwickeln. Darüber hinaus muss zumindest die Hälfte der gesamten Bonuszahlung als „bedingtes Kapital“ (d.h. Fonds, auf die die Bank im Falle von finanziellen Schwierigkeiten als erstes zurückgreift) oder Aktien ausbezahlt werden. Bonuszahlungen müssen außerdem in Relation zum Gehalt gedeckelt werden. Banken sollen, auf der Basis EU-weiter Leitlinien, ein angemessenes Verhältnis zwischen Gehältern und Bonuszahlungen setzen. Auf diese Weise soll die unverhältnismäßig große Rolle von Bonuszahlungen im Finanzsektor eingeschränkt werden.

Schließlich werden auch Bonuszahlungen ähnliche (Zusatz-)Renten abgedeckt. Außerordentliche Rentenzahlungen müssen in Form von Instrumenten wie etwa dem bedingten Kapital, deren Wert vom wirtschaftlichen Wohlergehen der Bank abhängt, zurückgestellt werden. Somit werden Situatio-

nen vermieden, in denen, wie unlängst geschehen, Banker mit außerordentlich hohen Renten in den Ruhestand gingen, die von der Krise ihrer Bank nicht betroffen wurden.

* * *

Kommission stellt 250 Mio. Euro für über 200 neue LIFE+-Projekte bereit

Die Europäische Kommission hat der Förderung von 210 neuen Projekten zugestimmt, die im Rahmen des LIFE+-Programms, eines Finanzinstruments der EU zur Förderung von Umweltmaßnahmen, beantragt wurden. Im Zeitraum 2007 bis 2013 werden sich die Investitionen auf insgesamt 515 Mio. Euro belaufen. Hiervon werden 249,8 Mio. Euro direkt von der EU aufgewendet. Kofinanziert werden die Projekte von den jeweiligen Antragstellern aus den Mitgliedstaaten, zum Beispiel Behörden und anderen öffentlichen Institutionen, aber auch Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen. Die geförderten Projekte betreffen Maßnahmen aus den Bereichen Naturschutz, Umweltpolitik sowie Information und Kommunikation. In Deutschland erhalten neun Umweltschutzprojekte insgesamt 30 Mio. Euro, darunter auch die Kreise Aachen, Düren und Euskirchen für die Entwicklung und Erhaltung von gefährdeten Waldlebensräumen im Naturpark Eifel.

Nähere Informationen finden Sie hier: <http://ec.europa.eu/environment/life/news/newsarchive2010/july/index.htm#compil2009>

* * *

Verbesserte Kontrolle von Lebensmitteln

In den vergangenen Jahren sind die Lebensmittel dank des im EU-Raum erweiterten Verbots von Pestiziden und

dank verstärkter Kontrollen noch sicherer geworden. Nach den im Januar neu eingeführten EU-Vorschriften muss – insbesondere aus Asien und Amerika stammendes – Obst und Gemüse an den Grenzen verstärkt kontrolliert werden, bevor es in die EU eingeführt werden darf. Seit Einführung dieser Regelung wurden rund 13.600 Sendungen mit importiertem Obst und Gemüse kontrolliert. Zehn Prozent dieser Erzeugnisse wurden getestet, und zehn Prozent der getesteten Erzeugnisse entsprachen nicht den EU-Sicherheitsbestimmungen.

Mehr zum Thema finden Sie unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/826&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

* * *

Neues Bio-Logo

Seit dem 1. Juli ist für Biolebensmittel das neue EU-Bio-Logo der Europäischen Kommission, das sogenannte „Euro-Blatt“, verbindlich vorgeschrieben. Die Regelung gilt für verpackte Biolebensmittel, die in einem EU-Mitgliedstaat hergestellt worden sind und die strengen Normen der EG-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau erfüllen. Für nicht verpackte und eingeführte Bio-Erzeugnisse ist das Siegel hingegen nicht zwingend erforderlich. Neben dem EU-Bio-Logo können weiterhin auch andere private, regionale oder nationale Gütesiegel, beispielsweise das deutsche Bio-Siegel, auf dem Produkt abgebildet werden.

Abgesehen vom Logo schreiben die neuen Kennzeichnungsvorschriften auch die verbindliche Angabe des Ortes vor, an dem die landwirtschaftlichen Rohstoffe für das Produkt erzeugt wurden, sowie die Codenummer der

Zertifizierungsstelle, die für die Kontrollen zuständig war.

Die Wirtschaftsteilnehmer verfügen über einen Übergangszeitraum von zwei Jahren, um den neuen Kennzeichnungsvorschriften nachzukommen. Durch die Etikettierung können die Verbraucher beim Kauf sicher sein, dass die Erzeugnisse vollständig im Einklang mit den strengen EU-Vorschriften für den Bio-Landbau produziert wurden.

Nähere Informationen finden Sie unter:
http://ec.europa.eu/agriculture/organic/home_de

* * *

Einheitliches Ladegerät für alle Handys

Die Europäische Kommission und die Industrie planen für 2011 die Einführung eines einheitlichen Ladekabels für sämtliche neuen Mobiltelefone. Damit wird das Aufladen von Handys benutzerfreundlicher. Außerdem fallen durch diese Maßnahme einige Tausend Tonnen Elektromüll weniger an, da ein einmal gekauftes Ladegerät auch noch für das nächste Handy verwendet werden kann.

* * *

Billiger europaweit telefonieren

Seit dem 1. Juli ist das Telefonieren in der EU wieder billiger geworden. Der Empfang einer SMS im Ausland muss nun kostenlos sein, während der Empfang eines Telefonats höchstens 0,15 Euro und ein eigener Anruf höchstens 0,30 Euro pro Minute kosten darf. Für die Datenübertragung wurden die Kostenobergrenzen von 1,00 Euro auf 0,80 Euro pro Megabyte gesenkt. Sobald Kunden die Kostengrenze von 50 Euro erreichen, sollen sie per SMS infor-

miert werden. Damit sollen ausufernde Telefonrechnungen vermieden werden.

Hier können Sie sich informieren:
http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/058-76969-176-06-26-909-20100625STO76848-2010-25-06-2010/default_de.htm

* * *

Neues europäisches Justiz-Portal

Am 16. Juli 2010 hat die Europäische Kommission ihr E-Justice Online-Portal eröffnet. Auf über 12.000 Seiten enthält die Internetseite Informationen und Links über das Recht und die Rechtspraxis in allen Mitgliedstaaten. Die kostenlos bereitgestellten Funktionen und Informationen sind in 22 Sprachen abrufbar und nicht nur für Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für Juristen und Unternehmen von großem Nutzen. Anfang 2011 sollen noch Informationen über die Rechte von Opfern und Beklagten in allen EU-Mitgliedstaaten hinzugefügt werden, darunter auch Informationen über den Umgang mit Verkehrsdelikten in den einzelnen Ländern.

Das europäische Justiz-Portal finden Sie unter:
<https://e-justice.europa.eu/home.do>

* * *

Finanztransparenzsystem

In einer Online-Datenbank der Europäischen Kommission sind nun die Empfänger von EU-Mitteln in Politikbereichen wie Forschung, Bildung und Kultur, Energie und Verkehr des Jahres 2009 abrufbar. Die 2008 eingerichtete Internetseite zum Finanztransparenzsystem enthält Angaben zu Empfängern von EU-Fördermitteln seit 2007. Verschiedene Suchfunktionen erleichtern die gezielte Recherche.

Die Datenbank finden Sie hier:
http://ec.europa.eu/beneficiaries/fts/index_de.htm

* * *

Praktika für Menschen mit Behinderung

Das Europäische Parlament bietet bezahlte Praktika für Menschen mit Behinderungen an. Ziel ist es, die Eingliederung behinderter Menschen in die Arbeitswelt zu erleichtern und ihnen sinnvolle und wertvolle Arbeitserfahrungen zu bieten, die es ihnen ermöglichen, sich mit der Arbeit des Europäischen Parlaments vertraut zu machen. Bewerben können sich sowohl Absolventen von Hochschulen oder gleichwertigen Einrichtungen, als auch Menschen, deren Qualifikation unterhalb des Hochschulniveaus liegt. Bewerbungen für ein fünfmonatiges Praktikum ab dem 1. März 2011 können zwischen dem 15. August und 15. Oktober 2010 eingereicht werden.

Einzelheiten finden Sie unter:
<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?id=147&pageRank=4&language=DE>

* * *

Wettbewerb für den EU-Schülerkalender 2011/2012

Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren haben noch bis zum 13. November 2010 die Gelegenheit, an einem von der Stiftung „Generation Europa“ ausgelobten Wettbewerb zur Gestaltung des Schülerkalenders 2011/2012 teilzunehmen. Der Urheber der besten Einsendung gewinnt 1.000 Euro.

Der EU-Schülerkalender für 2010/2011 kann bereits in verschiedenen Sprachen kostenlos bestellt werden. Er informiert über die EU, Berufsmöglich-

keiten, Gesundheit, Sicherheit und Umweltfragen. Lehrer können zusätzlich ein Begleitheft bestellen, das Hilfsmittel und Anregungen für den Unterricht enthält.

Alle Informationen zur Bestellung des aktuellen Kalenders und zum Wettbewerb für den Kalender 2011/2012 finden Sie unter:

<http://www.europadiary.eu/page.asp?menulD=59>

* * *

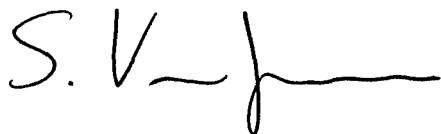
Broschüre Europa 2010

Die Broschüre „Europa 2010 – Wissen, Verstehen, Mitreden“ wurde aktualisiert. Sie enthält nun die wichtigsten Fakten über die reformierte EU nach dem Vertrag von Lissabon. Auf insgesamt 108 Seiten informiert das Heft über die EU-Organe, die Mitgliedstaaten und deren Einflussmöglichkeiten, die EU-Erweiterung sowie Politikfelder wie z.B. Finanzen, Klima, Jugend, Äußeres und Verbraucherschutz.

Die Broschüre ist in meinem Aachener Europabüro, Monheimsallee 37, erhältlich, und steht auch im Internet zum Download bereit unter:

www.europarl.de/ressource/static/files/publication/europa-2010.pdf

Es grüßt Sie ganz herzlich

A handwritten signature in black ink, consisting of the letters 'S.', 'V.', and 'J.' followed by a long, horizontal, wavy line that extends to the right.